

Internationaler Frauentag 2026: Für eine Gesellschaft, in der nicht Profit, sondern Fürsorge im Zentrum steht!

Wir erleben derzeit einen massiven Angriff auf feministische Errungenschaften. Der Sozialabbau wirkt sich schwerwiegend auf alle aus und verschlechtert die Arbeitsbedingungen in den von Frauen dominierten Care-Berufen. Er führt dazu, dass vor allem Frauen noch mehr von der unbezahlten Carearbeit übernehmen müssen. Die zunehmend autoritäre Politik unserer Regierung verfolgt eine rassistische sowie queer- und frauenfeindliche Agenda. Rechte Politik instrumentalisiert mal Frauen, mal Migrant:innen, mal Bürgergeldempfänger:innen und spielt uns gegeneinander aus. Aber die Trennlinie verläuft nicht zwischen uns, sondern zwischen Oben und Unten. Von unserer Spaltung profitieren die Reichen, deren rasant wachsender Wohlstand auf unserer Ausbeutung und Verarmung basiert. Die Rechtsentwicklung geht Hand in Hand mit der Militarisierung. Die Aufrüstung wird als Friedenssicherung verkauft, dabei werden damit die Kriege von Morgen um Rohstoffe und Einflussphären vorbereitet. Krieg und Militarisierung sind nicht in unserem Interesse! Wir kämpfen gegen Kriegstreiberei, gegen Sozialabbau und für internationale Solidarität! Dafür gehen wir am 8. März gemeinsam auf die Straße.

Kundgebung und Demo am 8. März um 14 Uhr am Schlossplatz

<https://aktionfrauen.wordpress.com/>

Solidaritätsgruß an die Beschäftigten der Länder vom Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Angesichts der hohen Preissteigerungen ist eure Forderung von 7 %, mindestens 300 Euro bei einer 12 monatigen Laufzeit mehr als berechtigt. Insbesondere den Mindestbetrag von 300 Euro finden wir richtig gut, weil er den Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen, die am stärksten von den Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Miete betroffen sind, überdurchschnittliche Lohnerhöhungen bringt...Geld ist genug da – für Aufrüstung werden hunderte Milliarden locker gemacht. Für die Beschäftigten wollen sie nichts rausrücken. Das verurteilen wir. Lasst euch von der alten Leier „es wäre kein Geld da“ nicht beeinflussen. Sie soll euch nur vom Kampf abbringen. In unserem reichen Land ist genug Geld da, es muss nur entsprechend umverteilt werden.

Deshalb: Rüstung runter – Löhne rauf! Reiche besteuern!

Die komplette Erklärung unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächster Metallertreff: Montag, 16. März um 18.30 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF (im kleinen Seitensträßle)

Themen werden u.a. die Betriebsratswahl und die Situation in den Stuttgarter Metallbetrieben sein.

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Termine / Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften Metallertreff



Betriebsratswahlen: Besonders wichtig in diesen stürmischen Zeiten!

Die Betriebsräte vertreten die kollektiven Interessen der Beschäftigten gegenüber den Geschäftsleitungen und Konzernvorständen und setzen sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ein – zusammen mit den Belegschaften. Denn ohne Druck von unten können die Betriebsräte keine Verbesserungen erreichen. Ein deutliches Signal für verlässlichen Rückhalt aus der Belegschaft und damit für eine starke Verhandlungsposition des Betriebsrats ist eine hohe Wahlbeteiligung. Mit dieser nachhaltigen Rückendeckung kann sich das Betriebsratsgremium über die gesamte Wahlperiode (4 Jahre) den massiven Angriffen der Konzernvorstände entgegenstellen. Ein Betriebsrat bietet Schutz vor Willkür und sichert soziale und betriebliche Standards. **Alle 4 Jahre werden die Interessensvertretungen neu gewählt – dieses Jahr wieder vom März bis Mai.**

Zur Zeit ist die Situation für viele Belegschaften sehr schwierig, da überall Arbeitsplatzvernichtung, Standortschließung, Arbeitsverdichtung sowie Kürzen von betrieblichen Leistungen von Seiten des Kapitals durchgesetzt werden soll. Die Unsicherheiten und Ängste nehmen zu, ebenso wie die Spaltung der Belegschaften. Von daher muss gut überlegt werden, wie bei den Betriebsratswahlen die Listen oder die Betriebsräte gestärkt werden, die die Interessen der Beschäftigten wirkungsvoll vertreten.

Rechte Listen verhindern!

Auch dieses Jahr treten wieder rechtsorientierte Listen an. Das tun sie seit 2010, allerdings mit mäßigem Erfolg. Seit den letzten Wahlen 2022 haben sie allerdings ihre Strukturen ausgebaut und sie versuchen verstärkt, ihre rechtsextremen Positionen in die Belegschaften zu tragen. Sie geben vor, die Interessen der Beschäftigten besser zu vertreten als die IG Metall. Doch stimmt das? Haben sie in den Betrieben bei den Auseinandersetzungen gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Sparprogramme eine Rolle gespielt? Wo sind sie, wenn die IG Metall Tarifaussensetzungen führt und für höhere Löhne streitet?

Ihr Hauptkampf richtet sich gegen die IG Metall, nicht gegen das Kapital, nicht gegen die Konzernvorstände. Sie sind auch gegen höhere Löhne und gegen Arbeitskämpfe. Ihr Ziel ist die Unterwanderung und Zerschlagung der Gewerkschaften. Sie machen die IG Metall für alles verantwortlich, was in den Betrieben schlecht läuft – die Kapitalseite wird von ihnen immer verschont. Das bedeutet, dass sie den Hauptfeind und Verursacher nicht nennen und damit den Konzernherren nützlich sind und nicht den Belegschaften, von denen sie sich wählen lassen wollen.



Ein Beispiel für eine solche rechte Liste ist „Zentrum“, früher „Zentrum Automobil“. „Zentrum“ arbeitet seit über 15 Jahren am Aufbau einer rechtsextremen Gewerkschaftsorganisation. Ihr Vorsitzender ist Oliver Hilburger, Betriebsrat bei Mercedes im Werk Untertürkheim. Er arbeitet eng mit dem rechtsextremen Flügel der AfD um Björn Höcke zusammen. Rechte Listen treten oft unter harmlos klingenden Listennamen an, um eine Identifizierung zu erschweren. Rechtsextreme kandidieren auch auf gemeinsamen Listen, auch auf Listen der IG Metall, ohne offen in Erscheinung zu treten.

Schon ein Einzelner rechter Betriebsrat kann die Stimmung im Betriebsratsgremium grundlegend verändern und eine wirksame Interessenvertretung erschweren. Das Vertrauensverhältnis im Gremium kann zerbrechen – ein gemeinsames Agieren erschwert werden. Die Wahl von organisierten Faschisten kann zur Akzeptanz und Normalisierung extrem rechter Positionen im Betrieb beitragen. Jeder einzelne faschistische Betriebsrat ist einer zu viel und sollte deshalb verhindert werden. Sie spalten und schwächen die Arbeit des Betriebsrates. Auch wir sind nicht immer zufrieden mit der Arbeit von Betriebsräten. Aber deshalb Rechtsextreme wählen, bringt keine Besserung. **Wir müssen schauen, dass die IG Metall-Betriebsräte kämpferische Interessensvertretungen sind, die mit den Belegschaften gemeinsam die Angriffe von Seiten des Kapitals zurückweisen, keine Verichtsvereinbarungen abschließen und sich konsequent für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Das ist der beste Schutz vor den Rechten.**

Veranstaltung von Zukunftsforums + Metallertreff + DidF Betriebsratswahl 2026: Herausforderungen und Notwendigkeiten

Wie gelingt die Wahl einer schlagkräftigen Arbeitnehmervertretung, die den Angriffen des Kapitals erfolgreich widersteht? Was haben wir für Möglichkeiten, dies zu beeinflussen?

Montag, 2. März 2026 um 18 Uhr im DGB-Haus im Bambussaal

IG Metall-Jugend: Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern

55.000 Schülerinnen und Schüler haben am 5. Dezember in rund 100 Städten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht gestreikt. Nachdem der Kriegsdienst trotz Streik beschlossen wurde, bereiten die Schülerkomitees für den 5. März den nächsten Schulstreik vor. Wir dokumentieren den **Beschluss der IG Metall-Jugend** gegen die Wehrpflicht vom 19. September 2025:

„Die IG Metall Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.“



Unsere Haltung bleibt klar: Die IG Metall Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab... Die IG Metall Jugend positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von Jugendoffizier*innen und allgemein jeden Werbeversuche für die Bundeswehr an Schulen strikt ab...“

Vielen SchülerInnen ist bewusst, dass die Wehrpflicht ein Schritt Richtung Krieg bedeutet. Sie bedauern, dass für Aufrüstung Geld da ist, aber nicht für Bildung, Gesundheit und ihre Zukunft. **Wir MetallerInnen können die Jugend unterstützen in ihrem Kampf gegen die Wehrpflicht. Stärken wir ihnen den Rücken gegen Repressionen oder Anfeindungen der Schulbehörden. Zeigen wir unsere Solidarität und gehen wir am 5. März mit ihnen zusammen auf die Straße.**

<https://vernetzung.org/wehrpflicht-und-andere-pflichtdienste-verhindern/>
<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/>

Das reiche Stuttgart spart – insbesondere bei der Jugend, den Armen und Normalverdienern

Der Gemeinderat hat mit den Stimmen von CDU, Grünen, Freie Wähler und OB Nopper im Dezember einen Doppelhaushalt für die Jahre 2026/27 beschlossen, der das Geld bei den Ärmsten und Normalverdiener:innen nimmt, während Profitmacherei geschont und Prestigeobjekte weiter vorangetrieben werden. Nur die Fraktion DIE LINKE SÖS PLUS hat gegen diesen Haushalt gestimmt.

16.000 städtische Beschäftigte erhalten weniger Geld. Die Stuttgart Zulage und der Zuschuss zum Deutschlandticket wird reduziert - eine Lohnkürzung von monatlich 111,50 Euro. Freie Stellen werden nicht wiederbesetzt. Bereits jetzt sind in Stuttgart drei Bürgerbüros wegen Personalmangels geschlossen. Aufgrund des Personalabbaus werden sich die Wartezeiten bei allen Ämtern weiter verlängern, der Service schlechter werden. Mehr als 20 Schulsanierungen werden auf die Zeit nach 2031 verschoben – marode Schulen für unsere Kinder ist die Folge. Die Kita-Gebühren steigen gewaltig und Betreuungszeiten werden eingeschränkt. Ebenfalls steigen die Gebühren für die Müllabfuhr, für Niederschlagswasser und Abwasser, für Verwaltungsleistungen u.a. Dafür werden bei Prestigeobjekten Milliarden verschwendet, bei Opersanierung, Abriss und Neubau der Schleyerhalle, neues Stuttgart-Logo, Stuttgart-Sign usw. Die Masse der Bevölkerung bezahlt mit Abstand den höchsten Anteil der 948 Milliarden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen. **Für immer mehr Steuern und Sozialabgaben bekommen wir aber immer weniger und immer schlechtere staatliche Leistungen. Bei den Reichen ist es umgekehrt. Das muss sich ändern.**

